22. Januar 2026: Wortmeldung zur Diskussion um die sogenannte "Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland"

Wenn sie sagen: »Friede und Sicherheit«, dann überfällt sie schnell das Verderben“ ***(1. Thess 5,3)***

Wortmeldung aus der Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun

zur Diskussion um die sogenannte Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland

22. Januar 2026

Die neue Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Welt in Unordnung – Gerechter Frieden im Blick“*1* **erhebt den Anspruch, das Konzept des „gerechten Friedens“ ins Zentrum zu stellen. Im Grunde jedoch gibt diese Denkschrift wenig zu bedenken. Sie trifft vielmehr eine Entscheidung: In Anbetracht einer ausgemachten „Zeitenwende“, die durch eine prekäre globale Sicherheitslage und die Sorge ums eigene Überleben bestimmt wird, setzt sie im Einvernehmen mit den Mächtigen der Welt und hierzulande auf eine Politik der Aufrüstung und Militarisierung.**

Offensichtlich trauen die Autor*innen der Denkschrift dem Christentum wenig zu. Sie geben jede kritische Distanz zu staatlicher Politik auf und machen aus ihrer Theologie eine „Hofprophetie“:Nicht Kritik und Einspruch im Namen eines Gottes, der der Herrschaft die Aussicht der Befreiung entgegenhält, nicht Umkehr wird gepredigt, sondern es wird wiederholt, dass dasjenige, was ist, wasin Sachen Sicherheitspolitik getan wird, im Großen und Ganzen doch gut sei. So entsteht der Eindruck, dass man dem gesellschaftlichen Relevanzverlust begegnen möchte, indem man sich beeilt, dem beizupflichten, was man für eine alternativlose, pragmatische Logik hält, für die man gesellschaftlich Zustimmung erhofft: Die Zeiten werden härter, also müssen wir aufrüsten und durch Abschreckung für mehr Sicherheit sorgen.

Diese Position fordert uns als ökumenische Basisinitiativen, die sich in der Ökumenischen Vernetzungsinitiative Casa Comun (ÖVI)2 zusammengeschlossen haben, zum Widerspruch heraus:Wenn Kirchen sich heute entscheiden, Militarisierung und Aufrüstung mit den gleichen Argumenten wie die Herrschenden zu legitimieren, machen sie sich im Grunde überflüssig. Die prophetische Aufgabe der Kirchen muss eine andere sein: nämlich daran festzuhalten, dass der Weg, Sicherheit über militärische Lösungen herzustellen, in den Abgrund führt und das Überleben der Menschen, aber auch der Welt insgesamt massiv gefährden wird. Wenn die EKD nicht mehr bereit ist, dieser Botschaft, die sich für uns aus den Grundlagen christlichen

Glaubens und Bekenntnisses ergibt, die Treue zu halten, sondern sich stattdessen an vermeintlichen Plausibilitäten orientieren will, um sich „politikfähig“ zu halten, verfehlt sie ihren Auftrag. Vielmehr scheint sich die EKD darin zu gefallen, sich auf eine krisenbelastete, von Legitimationskonflikten angegriffene Staatsform rückhaltlos zu verpflichten.

Warum tut sie das? Geht es darum, sich pragmatisch zu zeigen, als verantwortungsbewusste Staatsbürger*innen sich dem anzupassen, was die herrschende Meinung zu sein scheint? Im Unterton hört man unseres Erachtens das Bemühen, sich von einem Teil des evangelischen Basischristentums abzugrenzen, der sich gerade (auch) für das Thema Krieg und Frieden interessiert, den Friedensbewegten. Dies geschieht, indem deren zentrale Überzeugungen als nichtig und das Gegenteil schlicht als richtig erklärt werden: Aufrüstung gilt nicht länger als vermeidbar und riskant, sondern als zur Herstellung von Sicherheit unerlässlich, Kriegsdienstverweigerung

nicht länger als besonderes Zeichen des Bekenntnisses zum Christentum. Mit Skepsis wird auf Verhandlungslösungen geblickt, wenn sie nicht die gewünschten Maximalergebnisse versprechen. Dabei werden christlicher Pazifismus und eine aus christlicher Überzeugung vorgetragene Distanz zu Militär und Aufrüstung weder theologisch widerlegt noch frontal angegriffen. Vielmehr wird ihnen eine gewisse Berechtigung zugesprochen – aber nur solange, wie sie den Konsens mit den Mächtigen nicht stören. Man kann als Christ*in schon Pazifist*in sein oder von Krieg und Militär Abstand halten wollen – wenn dies eine persönliche, individuelle Überzeugung ist, die nicht verallgemeinert, nicht mit einem Wahrheitsanspruch versehen und aus der keine Kritik an Staat oder Kirche abgeleitet wird.

1 *https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf*
2 https://casa-comun-2022.de/

Damit wird das Christentum aber zur Privatangelegenheit erklärt, weil dessen Überzeugungen und Logiken für Politik und Gesellschaft letztlich keine Rolle spielen.
Dagegen halten wir als ökumenische Basischrist*innen fest: Es ist einer christlichen Kirche nicht würdig, regierungsamtlich verkündete Dogmen nachzubeten. Kirchliche Positionen sollten Essenz und Substanz von Jesus Christus, dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit bewahren. Ob Mose oder die Prophet*innen im Ersten Testament oder Jesus, Paulus und andere im Zweiten Testament – sie alle haben sich unter Einsatz ihres Lebens kritisch mit den jeweils bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnissen auseinandergesetzt. Sie haben den Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Nächstenliebe, Ehrfurcht vor der Schöpfung und Frieden als Auftrag Gottes an alle Menschen gesehen.

Eine überzeugende friedenspolitische Position darf sich nicht um die hintergründigen Ursachen der Kriege drücken, sondern muss in ihnen die Logiken ökonomischer Interessen, die den Reichtum der einen zum Preis des Elends der anderen wahren wollen, ebenso aufdecken wie politische Interessen der Absicherung eigener Macht und eigenen Wohlstands. Der zu eng geführte (friedens-)politische Diskurs über eine künftig friedenstüchtige(re) Eine Welt muss deshalb dringend um die Dimension der ökonomischen Triebfedern des Krieges erweitert werden und die systemischen Ursachen gewaltsamer Konflikte vollumfänglich in den Blick nehmen, wenn er nicht auf wohlmeinende Appelle beschränkt bleiben soll. Nur so kann über

tatsächlich trag- und friedensfähige Lösungsmöglichkeiten nachgedacht werden. Denn diese Welt ist bekanntlich nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine eine kriegerische. Schon seit dem frühkapitalistischen 15. Jahrhundert stellen Grundlogik und Wirkmechanismen der herrschenden Weltwirtschaftsordnung mitsamt den daraus abgeleiteten imperialistischen Ansprüchen keine Basis für strukturelle Friedensfähigkeit dar.

Und diese historisch-strukturelle Unordnung erfährt durch die aktuelle „Vielfachkrise“ (v.a. Wettstreit um kritische Rohstoffe) eine wesentliche Verschärfung, die insbesondere von westlichen Staaten, auch der Bundesrepublik, massiv befeuert wird: durch den alten, fossilen und den neuen, „grünen“ Extraktivismus, der Konflikte wie im Kongo befeuert, durch ein europäisches Grenzregime, das sich um die Menschenrechte, ja um das Leben der Geflüchteten wenig schert, durch die europäischen Bemühungen solange wie möglich an der Seite der USA weiter weltweite Hegemonie auszuüben und die eigenen Interessen durchzusetzen. Unordnung und Unsicherheit gehen aber für die EKD in dieser Welt nur von den Anderen aus, den Feinden der „offenen Gesellschaft“ und des westlichen Liberalismus.

Damit hat die EKD-Denkschrift der fatalen „Wir-Sie-Logik“, dem „Freund-Feind-Denken“ nichts entgegenzusetzen. Es gelingt ihr nicht einmal, dies als Wurzel globaler Konflikte zu erkennen und zu kritisieren. Als würde nicht immer deutlicher, dass sich die westlichen Demokratien zwar weiter lautstark auf die Herrschaft des Rechts berufen, aber kein Problem damit haben, es dort auszusetzen, wo es politisch opportun scheint – nicht zuletzt an den eigenen Außengrenzen, bei Völkerrechtsverletzungen und durch Waffenlieferungen in Krisengebiete.

Für die EKD scheint eindeutig, dass Frieden nur entsteht, wenn der Staat militärisch für Sicherheit sorgt. Dietrich Bonhoeffers Einspruch dagegen war einst mehr als deutlich: „Wie wird Friede? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern? d. h. durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg.“

Für die EKD liegt eine solche Einsicht fern: Misstrauen gegenüber den anderen Staaten, die nicht unser liberales, westliches Modell repräsentieren, scheint ihr mehr als geboten. Was die Ursachen des Krieges sind, was Krieg gebiert und was ihn verhindern könnte, diese Frage wird gar nicht gestellt. Die Welt ist wie sie ist, in ihr regieren Sachzwänge, die des Marktes wie die der staatlichen Sicherheitslogik. Über sie hinaus kann und will die EKD nicht denken. So aber verkommt die Vision des gerechten Friedens tendenziell zur Rechtfertigung des Status Quo von Krieg und Aufrüstung.

Damit entfernt sich die EKD nicht nur von ihrer eigenen 70-jährigen Tradition evangelischer Friedensethik (wie die Heidelberger Thesen von 1959, die sog. Ostdenkschrift von 1965 oder die Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ von 1981) und bricht mit der

Friedenstradition der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR *(siehe die Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche“ von 1981),* sondern sie entfernt sich auch von der evangelisch-katholischen sowie der weltweiten Ökumene, wie Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen (*Jamaika 2011, Busan 2013, Karlsruhe 2022*), jüngste Erklärungen von Papst Leo nebst vielen anderen Dokumenten christlicher Weltbünde zeigen.

Die folgenden drei Punkte möchten wir in besonderer Weise hervorheben:
1.) Die „Logik“ einer kriegerischen Weltwirtschaft im real existierenden Kapitalismus
In etlichen der aktuellen gewaltsamen Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen werden kapitalistische (Aneignungs- und Inwertsetzungs-)Logiken – vor allem hinsichtlich knapper Ressourcen – zunehmend mit militärischen Drohgebärden bis hin zu kriegerischen Mitteln durchgesetzt. So geht es im Krieg Russlands gegen die Ukraine, der de facto zu einem Krieg Russlands gegen etliche NATO-Staaten geworden ist, zentral um Rohstoffe wie z.B. die seltenen Erden im Donbass.4 In Anbetracht der zu erwartenden Verschärfungen dieses Wettstreits und der damit einhergehenden Rückkehr eines unverhohlenen (Neo-)Imperialismus wird sich die Wahrscheinlichkeit gewaltförmiger geoökonomischer Konflikte künftig weiter erhöhen (wie in Grönland).

Den maßgeblichen Konfliktfeldern der globalen Vielfachkrise leistet diese Entwicklung weiteren Vorschub: Einerseits stellen die gigantische Aufrüstung wie auch die ins Auge gefassten astronomischen Finanzierungen des Wiederaufbaus nach Kriegen (neben Ukraine v.a. auch Gaza) für das vorherrschende Wirtschaftsmodell im Allgemeinen und alle Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes sowie deren Aktionär*innen im Besonderen ein sehr profitables Geschäftsmodell dar. Die Zeche für die – trotz Schuldenbremse (sic!) – Schuldenfinanzierte Hochrüstung zahlt dabei vor allem der ärmere Teil der Bevölkerung – vor Ort ebenso wie weltweit: Und zwar nicht länger nur im Globalen Süden, sondern immer mehr auch in den wohlhabenden „westlichen“ Ländern werden deshalb im inneren staatliche Ausgaben für Bildung, Bürgergeld, sozialen Wohnungsbau, öffentliche Mobilität, Sozialarbeit mit Jugendlichen oder Geflüchteten, Kultur und manches mehr massiv gekürzt. Zudem: Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, Welthungerhilfe oder das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen werden bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen. Die Bedeutung von Klimaschutz und Ressourcenschonung wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt.

3 *Dietrich Bonhoeffer: Friedenspredigt in Fanö, 28. August 1934.*
4 https://www.bundestag.de/resource/blob/979936/3fb61813be6833a3b4278acda81adefb/WD-5-076-23-pdf.pdf

2.) Die Militarisierung ist ein Anschlag auf Demokratie, Klimagerechtigkeit und Sozialstaat
Die EU steuert mit dem re-arm Europe-Programm auf Kriegswirtschaft, die NATO hatte sich – mit Ausnahme Spaniens – bereits vorher darauf festgelegt. Willkürlich begründete „regime changes“ wie aktuell in Venezuela, außergerichtliche Tötungen, fossilistisch-kapitalistische Aneignungen durch die derzeit noch unipolar herrschende Weltmacht USA machen die Gesamtlage zunehmend explosiv. Kriege können aber verhindert werden, wenn wirtschaftliche Interessen und Begehrlichkeiten nicht mit gewalttätiger Priorität verfolgt werden, der politische Wille zu Friedenslogik, industrieller Abrüstung und internationaler Zusammenarbeit vorhanden

ist sowie kluge und vorausschauende Diplomatie gepflegt wird. Das gilt auch für den Krieg Russlands gegen die Ukraine oder den Krieg Israels gegen Gaza.

Rüstung tötet auch ohne Krieg, wie Dorothee Sölle feststellte. Aufrüstung verschärft gesellschaftliche und internationale Konfliktpotenziale und leistet einer weiteren Militarisierung des Denkens und der politischen Agenda Vorschub. Seit Jahren sehen wir eine zunehmende Verengung der öffentlichen politischen Debatte. So kommen kapitalismuskritische und/oder pazifistische Stimmen selbst in den öffentlich-rechtlichen Medien kaum noch zu Wort. Die Folge wird eine fortschreitende autoritäre Entwicklung sein.

3.) „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein“ *(Jesaja 32,17)*
Nicht der „Kampf gegen Armut“, sondern der unbedingte Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenwürde bilden die wirtschaftsethische Grundlage und Zielsetzung der Bibel. „Wenn ihr auf den HERRN, euren Gott, hört und alle seine Weisungen befolgt, die ich euch verkünde, wird es jedoch überhaupt keine Armen unter euch geben.“ (5. Mose 15,4+5) und „Gerechtigkeit muss euer oberstes Ziel sein. Dann werdet ihr für immer in dem Land leben können, das der HERR, euer Gott, euch geben wird.“ *(5. Mose 16,20).*

Die Abkehr von der „Herrschaft des Marktes“ als „ein globales, vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt“ (*Ökumenischer Rat der Kirchen, Vollversammlung in Busan/Südkorea 2013)* ist Voraussetzung für die Verwirklichung eines gerechten Friedens innerhalb planetarischer Leitplanken. Wie schon im Blick auf das Thema Eigentum und Geld stellt sich die deutsche evangelische Kirche angesichts der regierungsamtlich ausgerufenen „Zeitenwende“ hingegen nun auch im Blick auf das Thema Sicherheit der Mahnung Jesu „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ *(Matthäus 6,24)* entgegen.

Es ist unredlich, der Gewaltlogik zu dienen und mit der Friedenslogik nur dann zu liebäugeln, wenn sie einem nicht zu viel Kritik einbringt. Denn die militärische Logik kennt letztlich nur Wege in den Krieg hinein, aber nicht aus ihm heraus. Immer wieder zeigt sich, dass auch sogenannte „rechtserhaltende“ Gegengewalt Konflikte verschärft, vertieft und verlängert, anstatt sie in Richtung eines Auswegs zu öffnen und zu befrieden. Die EKD ist offensichtlich so sehr in das Gefüge von Staat

5 Ausführliche Belege in: Fabian Scheidler, „Friedenstüchtig“, Wien 2025, S. 19-65.
6 https://www.mvfp.de/nachricht/artikel/rangliste-der-pressefreiheit-2025-wirtschaftlicher-druck-schwaecht-pressefreiheit-weltweit

und Kapital eingebunden, dass sie die biblische Botschaft von Gerechtigkeit und Frieden dem Mitschwimmen im Mainstream opfert (und sich dabei sogar noch in den „geistlichen Operationsplan Deutschland“ einspannen lässt). Wir sprechen diesbezüglich seit langem von der „babylonischen Gefangenschaft“ vieler Kirchen.

Das zeigt sich in der weitestgehenden substanziellen Verabschiedung vom Leitbild des Gerechten Friedens. Zwar wird das Konzept in der EKD-Denkschrift noch mitgeschleppt, aber de facto inhaltlich entkernt. Stattdessen sehen wir eine Anbiederung an den „Münze-Mach-

-MilitärKomplex“ bzw. die „westliche, freiheitlich-demokratische Ordnung“, die sich in eine Sackgasse manövriert hat, aus der es mit den Denkweisen dieser Ordnung keinen wünschenswerten Ausweg mehr gibt. Dies führt zu theologischen Fehlannahmen und spiegelt sich in bedenklicher Reproduktion von NATO-Weltanschauungen. Was viele ahnen, dass es so nicht weitergehen kann wie bisher, wird verdrängt durch den Hinweis auf äußere Feinde: Es liegt an denen, dass wir aufrüsten müssen.

Statt eines hofprophetischen Heilsglaubens an Aufrüstung sowie der Annahme der Alternativlosigkeit des Militärischen in einer „unerlösten Welt“ braucht es unbedingt eine Rückbesinnung auf das kritische Potenzial des biblischen Friedenszeugnisses. Jesus hat auch nicht gewartet, bis das römische Weltreich nicht mehr von einem eroberungswütigen Siegfrieden geprägt war: Er hat dem Geist Gottes hier und jetzt Raum verschafft, und zwar unbedingt heilend und rettend, reintegrierend und neu ausrichtend. Daran gilt es festzuhalten!

In dieser Situation ermutigen wir Christ*innen deshalb Orte zu schaffen, die der Logik der Autoritarisierung und Kriegstüchtigkeit widersprechen. An diesen Orten wollen wir gemeinsam die Würde des Menschen ins Zentrum unseres Handelns stellen, so dass wir den aufrechten Gang üben können, indem wir möglichst konkret:
• Solidarität mit den Unterprivilegierten leben,
• eine Praxis der Nicht-Unterwerfung fördern und Orte des Ungehorsams gegen die Kriegslogik stiften,
• Geflüchtete unterstützen und Kirchenasyl gewähren,
• das Bewusstsein der relativen Autonomie in Kirchengemeinden fördern und im Zeichen dessen z.B. dem Militär den Zutritt sowie die orchestrierte Zusammenarbeit (z.B. keine Ehrenbegräbnisse o.ä. abhalten) verweigern;
• eine Praxis der Nicht-Unterwerfung entwickeln und Orte des Ungehorsams gegen die Kriegslogik stiften.